

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/025(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 25.01.2008	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Dr. Trümper
Teilnehmer siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14. 12. 2007
- 4 Anträge
 - 4.1 Sauberkeit am Petriförder
Vorlage: A0165/07
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.2 Sauberkeit am Petriförder
Vorlage: S0249/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

5 Informationen

5.1 Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Entgelte nach § 18
TVöD - gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung
Vorlage: I0212/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
WV vom 14. 12. 2007

6 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des
Verwaltungsausschusses vom 14. 12. 2007

Auf Hinweis des Stadtrates Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, muss die Beschlussempfehlung zum TOP 5.6 – A0148/07 - Teilnahme am Pilotprojekt „Behördenrufnummer 115 – wie folgt lauten:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung **den Antrag A0148/07 der Fraktion future! – die jugendpartei** in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen.

Die so geänderte Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen bestätigt.

4. Anträge

Hinweis: Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, trifft zur Sitzung ein.

4.1. Sauberkeit am Petriförder Vorlage: A0165/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht erläuternd auf das Anliegen des Antrages seiner Fraktion ein. Er verweist darauf, dass Schwerpunkt der Kontrollen die Böschung zur Elbe sein soll und merkt kritisch an, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung nur auf die Einhaltung der Sauberkeit auf der Fläche des Fischmarktes bezieht.

Stadtrat Westphal legt seine Auffassung hinsichtlich der Entrichtung einer entsprechenden Kautions zur Einhaltung der Sauberkeit seitens der Händler dar und begründet diese.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt hierzu den Hinweis, dass der zuständige Veranstalter die „Weiße Flotte“ ist und durch ihn eine Klärung erfolgen muss.

Der Beigeordnete I Herr Platz informiert über eingeleitete Maßnahmen, welche dem Anliegen des Antrages Rechnung tragen sollen. So wurden u.a. seitens der Weißen Flotte zusätzliche Arbeitskräfte einer Reinigungsfirma speziell zur Reinigung der Uferböschung gebunden. Dem Vorschlag des Eigenbetriebes SAB zur Aufstellung von Containern wurde von der Weißen Flotte auf Grund des zu hohen Aufwandes jedoch nicht gefolgt.

Im Ausschuss KRB gab es hierzu jedoch die Auffassung nochmals schriftlichen Kontakt zum Geschäftsführer der Weißen Flotte aufzunehmen mit der Zielstellung des Abschlusses einer Vereinbarung zur Klärung der Müllproblematik.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Beigeordneten I legt Stadtrat Westphal seine Auffassung dar, dass Zielstellung die Einhaltung der Sauberkeit ist. Er unterbreitet den Vorschlag, eine Abstimmung zum Antrag zurückzustellen bis klar ist, ob mit diesen Maßnahmen diese Zielstellung erreicht werden kann. In diesem Fall kann zu gegebener Zeit der Antrag auch zurückgezogen werden.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass die MVB als Grundstückseigentümer für die Einhaltung von Ordnung und Sicherheit zuständig ist. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Entrichtung einer Kautions hält er die Durchsetzung für schlecht machbar und sieht es als eine Frage der Kontrolle, wie die Müllentsorgung seitens der Markthändler eingehalten wird. Zur Frage der Kautions verweist er darauf, dass diese bereits von den Händlern für ihren Stellplatz zu entrichten ist. Nach seiner Auffassung muss für die Sauberkeit des Elbufers der Veranstalter Weiße Flotte eintreten.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Behandlung des Antrages A0148/07 bis zum Vorliegen des Gesprächsergebnisses zwischen dem Beigeordneten I und dem Geschäftsführer der Weißen Flotte zurückgestellt.

5. Informationen

- 5.1. Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Entgelte nach § 18 TVöD - gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung
Vorlage: I0212/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz macht erläuternde Ausführungen, unterstützt durch einen Folienvortrag, zur abgeschlossenen Dienstvereinbarung gemäß § 18 TVöD.

In seinen Ausführungen geht er insbesondere auf

- die Ziele
- den Nutzen und
- die Finanzierung der Leistungszulagen

ein und verweist darauf, dass die leistungsbezogene Vergütung flächendeckend ab dem Jahr 2009 erfolgen soll.

In seinen weiteren Erläuterungen informiert er über die Grundsätze zur Zahlung der Leistungsentgelte für die Jahre 2007 und 2008 sowie inhaltlich über die durchzuführenden Pilotprojekte in Vorbereitung der Einführung der leistungsbezogenen Entgeltzahlungen. Insbesondere macht er inhaltliche Erläuterungen zu den erforderlichen Zielvereinbarungen bzw. systematischen Leistungsbewertungen und geht auf die Stufen- und Notensystematik zur Bewertung der Pilotprojekte und die zu bewertenden Kriterien ein.

Zur Nachfrage von Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, bzgl. einer zusätzlichen Einstellung der finanziellen Mittel im Haushalt der Stadt erläutert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die Zahlung der leistungsorientierten Vergütung keinen finanziellen Aufwuchs des städtischen Haushaltes verursacht, da durch den Wegfall bestimmter tariflicher Zahlungen für Kommunen entsprechende Einsparungen entstehen.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, hinterfragt die Möglichkeit der Entwicklung eines ähnlichen Systems für Beamte und äußert seine Skepsis hinsichtlich der Umsetzung der leistungsbezogenen Bewertung. Er regt an, Kontrollmöglichkeiten zu suchen, um auszuschließen, dass nicht immer der selbe Personenkreis Nutznießer der Bewertung sein wird.

In Beantwortung der Nachfrage bzgl. der Leistungsbewertung von Beamten verweist der Beigeordnete I Herr Platz auf die Verantwortung des Landes als Gesetzgeber.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt den abrechenbaren Nutzen für die Stadt. Er legt seine Auffassung dar, dass der betriebene Aufwand, z.B. für die Formulierung der Dienstvereinbarung, abrechenbar sein muss.

Zur Nachfrage von Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, zum Hintergrund für eine Befassung mit der Thematik im Verwaltungsausschuss führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass dies als reine Information zu betrachten ist und auch kein Zustimmungsbedarf besteht. Insbesondere gibt er den Hinweis, dass von den Regelungen der Dienstvereinbarung die Fraktionsgeschäftsstellen ausgenommen sind.

Bezugnehmend auf die von Stadtrat Brüning angesprochene Beteiligung leitender Mitarbeiter führt der Beigeordnete I Herr Platz aus, dass diese verstärkt in die Bewertung der Leistungen einbezogen werden, da letztendlich Amtsleiter bzw. Fachbereichsleiter über die Gewährung der Leistungsprämien entscheiden.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass gute Amts- bzw. Fachbereichsleiter die Leistungen der Mitarbeiter auch objektiv einschätzen können und sieht eine große Verantwortung für leitende Mitarbeiter, um eine objektive Leistungsbewertung vorzunehmen. Auf Grund der Vielschichtigkeit des Themas der Leistungsbewertung hält er es für gut, Erfahrungen auf der Grundlage von Pilotprojekten zu sammeln. Er unterstützt die Zielstellung, besondere Leistungen auch entsprechend zu entgelten.

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, führt aus, dass eine Beurteilung von Mitarbeitern auch bereits in der Vergangenheit erfolgte, aber bisher keine Möglichkeit bestand, besondere Wertschätzungen zum Ausdruck zu bringen. Er spricht sich für eine Unterstützung des Vorhabens zur Einführung leistungsorientierter Entgelte aus.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

6.1. Stiftung evangelische Jugendarbeit

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinterfragt den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Thematik der Weihnachtsgeldzahlungen für die Mitarbeiter der o.a. Stiftung.

In Beantwortung der Nachfrage informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass in dieser Angelegenheit derzeit im Jugendamt intensive Gespräche geführt werden. Insbesondere verweist er darauf, dass derzeit für die Stiftung keine Gefahr einer Insolvenz besteht. Fakt sei jedoch, dass die Auszahlung des Weihnachtsgeldes durch die Kita-Stiftung vertraglich gebunden ist. Eine Einbehaltung des Betrages ist ein klarer Rechtsverstoß. Er versichert, dass sich die Stadt für die Einhaltung insbesondere der diesbezüglichen vertraglichen Regelung einsetzen wird.

6.2. APH „Am Luisengarten“

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, zum Stand des Umzuges der Bewohner des APH „Am Luisengarten“ informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass dieser abgeschlossen ist.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt Überlegungen zur Nachnutzung der Immobilie und mögliche finanzielle Auswirkungen für die Stadt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass das Gebäude vom ehemaligen Eigenbetrieb gekauft wurde, welcher jetzt eine gGmbH ist. Dieses Gebäude gehört zur Bilanz des Eigenbetriebes. Bevor jedoch nicht alle offenen Fragen geklärt worden sind, ist eine ausführliche Beantwortung der Nachfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Geplant ist, das Gebäude nicht in die neu gebildete gGmbH zu geben.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf ein Gutachten, nach dem die Übernahme des APH in den Eigenbetrieb zu einer fortlaufenden jährlichen Gewinnerzielung führen sollte. Da diese nicht eingetreten ist, sieht er in einer möglichen Übernahme des Gebäudes finanzielle Verluste. Nach seiner Auffassung ist ein sofortiger Verkauf der Immobilie umgehend erforderlich.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet es als wichtig, dass die bestehende Situation die neu gebildete gGmbH nicht belasten darf. Eine weitere leerstehende Immobilie solle möglichst vermieden werden. Unter Bezugnahme auf Vermietungen der Wobau ähnlicher Objekte z.B. an Studenten regt er an zu prüfen, ob die Vermarktung der Immobilie nicht in ähnlicher Weise und so schnell wie möglich vorgenommen werden kann.

Abschließend informiert der Oberbürgermeister, dass die entstandene Situation intensiv analysiert und ausgewertet wird. Im Ergebnis der Untersuchung wird dem Stadtrat eine entsprechende Drucksache zur Beschlussfassung vorgelegt.

6.3. FAN-Projekt

Zur Nachfrage von Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE“ hinsichtlich der Installation eines „FAN-Projektes“ spricht sich der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper für diese Maßnahme aus.

6.4. Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt den Stand der Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters sowie die Grundlage für die Entscheidung, die Vertretung seitens der Beigeordneten V Frau Bröcker wahrzunehmen.

In Beantwortung der Nachfragen informiert der Oberbürgermeister, dass es noch keine Entscheidung hinsichtlich einer Vertretungsregelung gibt. Seitens des Stadtrates gibt es auch noch keinen Beschluss zur Bestätigung des Bürgermeisters. Eine entsprechende Drucksache zur Regelung der Reihenfolge der Vertretung wird dem Stadtrat nach der OB-Wahl am 09. März 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Oberbürgermeister informiert, dass seitens des Innenministeriums die Rechtmäßigkeit dieser Verfahrensweise bestätigt wurde.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Stadtrat Martin Danicke

Stadträtin Karin Meinecke

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadträtin Beate Wübbenhorst